



### Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Heike Wießner		stimmberechti
gtes Mitglied im JHA		
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES	
FORUM		
Frau Inés Brock	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr EKHK Ralf Berger	Polizei Halle	
Herr Torsten Bognitz		Caritasverban
d		
Herr Leonhard Dölle		Jugendwerksta
tt Bauhof Halle		
Frau Sabine Franz	Kirchenkreis	
Halle-Saalkreis		
Frau Beate Gellert	Kinder- und	
Jugendhaus e. V.		
Frau Antje Klotsch	AWO	
Regionalverband Halle-Merseburg e. V.		
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling e.	
V.		
Frau Renate Leonhard	Katholisches	
Propsteipfarramt		
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und	
Jugendrat		
Frau Peggy Rarrasch		bis 19.00 Uhr anwesend
r RV	Humanistische	
Frau Heike Schmied	ARGE SGB II	
Halle GmbH		
Herr Uwe Steudel	LVWA, Abt.	
Schule und Kultur		
Frau Katharina Brederlow	Verw	
Frau Uta Kaupke	Verw	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Beauftragte für Integration u.	Migration Petra	
Schneutzer	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	

### Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Christina Slomka	Arbeitsagentur	i.V. Frau Hackel anwesend
Halle		
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht	entschuldigt
Halle		

Herr Max Privorozki                      Jüdische                      i.V. Frau Wahl bis 19.35 Uhr anw.  
Gemeinde zu Halle  
Frau Helga Schubert                      DRK  
Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.  
V.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2009/08378
- Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Vorlage
- 5.1.1 "Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes 'Soziale Stadt' Halle-Neustadt"  
(Vorlage: V/2009/08373)  
    . Vorlage: V/2010/08632
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
- 5.1.2 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt  
(V/2009/08378)  
    . Vorlage: V/2010/08638
- 5.2. Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr  
2010/11  
Vorlage: V/2009/08549
- Änderungsantrag von Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Beschlusspunkt 4
- 5.2.1 der Vorlage "Fortschreibung Schulentwicklungsplanung" (V/2009/08549)  
    . Vorlage: V/2010/08639
- Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
- 5.2.2 Beschlussvorlage Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale)  
für das Schuljahr 2010/11 (V/2009/08549 )  
    . Vorlage: V/2010/08635
- 5.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2008  
Vorlage: V/2009/08484
- 5.4. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler  
Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08433
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
- 5.4.1 „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler  
Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)  
    . Vorlage: V/2009/08518

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) sowie der SPD-Fraktion zur Strategie gegen Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/08014
8. Mitteilungen
- 8.1. Stand der Sozialraumplanungsgruppen und Quartiersrunden
- 8.2. Informationen der Verwaltung zum Verfahren der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
9. Arbeitsplanung
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

## zu Kinder- und Jugendsprechstunde

---

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren, schloss **Frau Hanna Haupt** die Sprechstunde und es wurde mit der Sitzung begonnen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Hanna Haupt** gab folgende Änderungen der Tagesordnung bekannt:

TOP 5.3 „Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung“ wird vorgezogen auf TOP 5.2 und TOP 5.2 Haushalt verschiebt sich demzufolge auf TOP 5.3. und wird als 1. Lesung aufgerufen. Zu TOP 5.1. „Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt liegt heute ein Änderungsantrag von Frau Wolff vor, dieser wurde als modifizierter Antrag durch Frau Wolff zur Sitzung ausgetauscht. Dieser wird auf die TO als TOP 5.1.1 aufgenommen. Der TOP 6.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gebührensatzung Kita wird im Zusammenhang mit der Gebührensatzung behandelt und zwar als TOP 5.4.1. Heute wurde hierzu ein modifizierter Antrag verteilt. Die Modifizierung ist rot hinterlegt. Der TOP 6.1. wird gestrichen, da dieser Änderungsantrag zurück gezogen wurde.

**Herr Schachtschneider** stellte den Antrag, den TOP 5.4.1. heute nicht abzustimmen, da dieser erst heute modifiziert vorgelegt wurde und dieser Änderungsantrag in dieser Form in der Fraktion besprochen werden muss.

Zu diesem Antrag gab es keinen Widerspruch, so dass ohne förmliche Abstimmung dem Antrag von Herrn Schachtschneider zugestimmt wurde.

**Frau Klotsch** merkte an, dass sie mit der unter TOP 8.2. gestellten Information so nicht einverstanden ist, da in der letzten Sitzung um Aufnahme als gesonderter TOP gesprochen wurde. Deshalb reichte sie schriftlich einen Antrag ein, dass dies als TOP am 04.03.2010 aufzunehmen ist und hat dies als Beschlussvorschläge formuliert.

**Die Verwaltung** sagte die Aufnahme als TOP für den JHA 04.03.2010 zu. Es gab keinen Widerspruch von Mitgliedern des JHA hierzu.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erklärten sich ohne förmliche Abstimmung mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.**

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2010**

---

**Frau Wolff beantragte** , dass zukünftig bei der Niederschrift eine namentliche Benennung der Personen erfolgen soll und nicht nur Mitglied Stadtrat oder Freie Träger steht.  
Hierzu gab es keine Einwände.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erklärten sich ohne förmliche Abstimmung mit dem Antrag von Frau Wolff einverstanden.**

Zur Niederschrift gab es keine Einwände.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erklärten sich ohne förmliche Abstimmung mit der Niederschrift einverstanden.**

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Am 14.01.2010 gab es keinen nichtöffentlichen Teil und demzufolge keine Beschlüsse.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 5.1 **Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt Vorlage: V/2009/08378**

---

**Frau Hanna Haupt begrüßte** vom Stadtplanungsamt Herrn Wendler und erteilte diesem das Wort.

**Herr Wendler sprach** an, dass in der Anlage 1 das Konzept in der Fassung vom 22.07.2008 anhängt. Dies war gewünscht worden.

Anlage 2 enthält die Notwendigkeit und Ziele der Fortsetzung des Programms

Anlage 3 enthält die Projektblätter der neuen Einzelmaßnahmen, die zur Umsetzung mit Fördermitteln in der Beschlussvorlage vorgeschlagen werden.

**Frau Wolff sprach** zum vorgelegten modifizierten Änderungsantrag , welcher beinhaltet, aus den vorgesehenen Mitteln für Projekt III.15 – Aufwertung des Neustädter Stadions (421.810 €) anteilig Mittel in Höhe von 120.000 € abzuziehen und stattdessen für das Projekt III.22 – Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt einzusetzen.

**Herr Wendler sprach an**, dass das Projekt III.5 „Sanierung und Umbau des Passendorfer Schlösschens“ zurück gesetzt und dafür die III.22 „Aufwertung Bestandsspielplätze“ vorgezogen werden kann, sich also die Priorität verändern könnte. Damit könnte man mit gehen.

**Frau Wolff antwortete**, dass, wenn dies so möglich ist, sie ihren Änderungsantrag zurück zieht, da dieser dann nicht mehr erforderlich ist.

**Herr Wendler machte** darauf aufmerksam, dass der Beschluss hierzu im Stadtrat gefällt wird und nicht klar ist, ob dies auf die Tagesordnung im Hauptausschuss kommen wird, da es hierzu

unterschiedlicher Voten aus den Fachausschüssen bedarf. Insofern kann er als Verwaltung hierzu keine Zusage zu dieser Prioritätenänderung geben.

**Frau Wolff** erklärte daraufhin, den modifizierten Änderungsantrag aufrecht zu erhalten.

**Frau Raab stellte die Anfrage** zu den Besitzverhältnissen Passendorfer Schlösschen, da hier die Wege mit links und rechts beschrieben sind. Warum beschäftigt man sich überhaupt mit der Problematik, wenn dies nicht mehr im Besitz der Kommune ist.

**Herr Wendler antwortete**, dass es laut Bebauungsplan für das Passendorfer Schlösschen teilweise öffentliche und teilweise private Wege gibt. Das Wegerecht ist gesichert. Die Stadt hat keinen Einfluss darauf, wie durch den Besitzer die Wege gesehen werden.

**Anfrage Frau Raab** zum Handlungsfeld III

**Herr Wendler antwortete**, dass altes Konzept hier vorgelegt wurde, da dies gewünscht worden ist. Bitte hier die neue Beschlussvorlage beachten. Jetzt geht es um die Fortschreibung und Prioritätensetzung aus dem altem Konzept.

**Frau Brock sprach an**, dass es im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) einen Änderungsantrag gab, welcher auch dort positiv beschieden wurde, diesen Änderungsantrag würde sie heute hier stellen. Sie gab an die Ausschussvorsitzende schriftlich den Wortlaut dieses Änderungsantrages.

**Frau Ute Haupt**, als Vorsitzende des SGGA, sprach an, dass es im SGGA zwei verschiedene Änderungsanträge gab. Der eine Änderungsantrag wurde abgelehnt und dem anderen Änderungsantrag wurde im SGGA zugestimmt.

**Frau Brock sprach an**, dass es zu dem jetzt eingereichten Änderungsantrag eine Zustimmung im SGGA gegeben hat. Hintergrund ist, dass die Spielflächen in Neustadt im Konzept nicht mit der notwendigen Priorität bedacht worden sind, dies aber für zwingend erforderlich gehalten wird. Deshalb bringt sie diesen Änderungsantrag hier im JHA ein und bittet um Zustimmung durch die Mitglieder.

**Frau Hanna Haupt verlas** den jetzt vorgelegten Änderungsantrag von Frau Brock, welcher im Beschlusstext Punkt 1 geändert werden soll (Text siehe TOP 5.1.2).

**Frau Hanna Haupt rief** den Änderungsantrag von Frau Wolff (siehe TOP 5.1.1.) zur Abstimmung auf.

Anschließend rief **Frau Hanna Haupt** den Änderungsantrag von Frau Brock (siehe TOP 5.1.2.) zur Abstimmung auf.

**Frau Hanna Haupt rief** die Abstimmung zur Vorlage, mit der zugestimmten Modifizierung im Beschlussvorschlag 1., auf.

#### **Modifizierter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ 2009 -2013 in Halle-Neustadt **unter der Voraussetzung, dass die Maßnahme „Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt“ (Projektnr. III.22) in die Liste der unmittelbar zu fördernden Projekte übernommen wird.**
2. Für die jeweiligen Einzelmaßnahmen sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu.**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur  
Vorlage "Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes  
'Soziale Stadt' Halle-Neustadt" (Vorlage: V/2009/08373)  
Vorlage: V/2010/08632**

---

Siehe TOP 5.1

**Beschlussvorschlag:**

~~In der Beschlussvorlage erfährt das Projekt III.22 – Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt im Rahmen des Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ eine höhere Priorität.~~

Der ursprüngliche Änderungsantrag wird mit folgendem Wortlaut modifiziert und vollständig ersetzt:

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt aus den vorgesehenen Mitteln für Projekt III.15 – Aufwertung des Neustädter Stadions (421.810 €) anteilig Mittel in Höhe von 120.000 € abzuziehen und stattdessen für das Projekt III. 22 – Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt einzusetzen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte wie folgt ab:

2 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

Damit wurde der Änderungsantrag **abgelehnt**.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage Fortschreibung des Integrierten  
Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt (V/2009/08378)  
Vorlage: V/2010/08638**

---

Siehe TOP 5.1.

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

3. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ 2009 -2013 in Halle-Neustadt **unter der Voraussetzung, dass die Maßnahme „Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt“ (Projektnr. III.22) in die Liste der unmittelbar zu fördernden Projekte übernommen wird.**
4. Für die jeweiligen Einzelmaßnahmen sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu.**

**zu 5.2 Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale)  
für das Schuljahr 2010/11  
Vorlage: V/2009/08549**

---

**Frau Hanna Haupt** gab das Wort an Herrn Hildebrand (Schulverwaltungsamt).

**Herr Hildebrand** gab eine kurze Erklärung zur Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung mit den entsprechenden Schwerpunkten ab.

**Anfrage Frau Wießner**

Schließung Rosengartenschule ua.a. wegen fehlender Brandschutzbestimmungen.

**Antwort Herr Hildebrand**

Das ist nicht der Grund für die Schließung. Es musste aber mit aufgeführt werden, da der Aspekt steht.

**Anfrage Frau Wießner**

Schillerschule wird von Grundschule derzeit genutzt. Kann Gebäude weiterhin genutzt werden oder gibt es bereits Nachmieter.

**Antwort Herr Hildebrand**

Es fand eine vor-Ort-Begehung statt. Die Sekundarschule schließt zum 31.12.2011. Die Gesamtnutzung soll dann für die Johannesschule sein.

**Anfrage Frau Wolff**

Zur Seite 22; der Beschlusstext stimmt mit dieser Seite nicht überein, sind die Zeiträume identisch oder nicht.

**Herr Hildebrand antwortete**, dass diese Textstellen nicht im Widerspruch stehen.

Er verwies auf Punkt 3. auf S. 22. Hier wird ausgesagt, dass eine Überprüfung neben dem Jahr 2011/12 auch 2013/14 erfolgt und bei weiterem Schülerrückgang die Schließung eines weiteren Standortes nicht ausgeschlossen ist. Diese Planungsabsicht wird aber nur realisiert, wenn diese durch eine Beschlussfassung bestätigt wird.

**Frau Wolff** brachte einen Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ergänzung des Beschlusspunktes 4 ein. Dieser Änderungsantrag wurde im JHA verteilt.

### **Anfrage Herr Dölle**

Zu Seite 4 letzter Satz, dass reduzierte Mittel nicht gestrichen sondern für die Bereicherung der pädagogischen Betreuung der bestandsfähigen Schulen verwendet wird. Was ist damit gemeint. **Herr Hildebrand antwortete**, dass diese Mittel nicht eingespart werden sollen sondern für den angegebenen Bereich verwendet werden sollen.

Änderungsantrag Herr Schachtschneider  
Zu Beschlusspunkt 4 wurde von ihm eingebracht und verlesen.

Da es keine weiteren Anfragen gab **rief Frau Hanna Haupt** die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung auf.

Änderungsantrag Herr Schachtschneider (TOP 5.2.1)  
**Einstimmig zugestimmt.**

Änderungsantrag Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM (TOP 5.2.2)  
**Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)**

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte den Beschlussvorschlägen (unter Berücksichtigung der vorab zugestimmten Änderungsanträge zum Punkt 4) in der modifizierten Fassung **einstimmig zu**.

### **Bezugsbeschlüsse:**

- 1) Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr. IV/2008/07382)
- 2) Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 Beschluss-Nr. V/2009/08287

### **Modifizierter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt auf der Grundlage der §§ 22 Abs. 5 und 64 Abs. 1 des SchGLSA in seiner gültigen Fassung:
  1. Schließung der Grundschule Am Rosengarten, Ottostraße 25 zum 31.07.2010
  - 1.1. Übernahme des Schülerbestandes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten an die Grundschule „U. v. Hutten“, Huttenstraße 40 zum Schuljahr 2010/11

1.2. Splittung des Schulbezirkes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten auf die Grundschulen „U. v. Hutten“ und Auenschule beginnend ab Klassenstufe 1, Schuljahr 2010/11

2. Schließung der Sekundarschule „Friedrich Schiller“ zum 31.07. 2011

3. a) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2010/11 festgelegten Aufnahmekapazitäten für die allgemeinen kommunalen Gymnasien und Gesamtschulen.

Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“	4 Klassen /	112 Schüler
J.-G.-Herder-Gymnasium	3 Klassen /	84 Schüler *
Gymnasium Südstadt	4 Klassen /	112 Schüler
Chr.-Wolff-Gymnasium	4 Klassen /	112 Schüler
IGS	5 Klassen /	140 Schüler
KGS „Ulrich von Hutten“ – Sekundarschulteil	2 Klassen /	56 Schüler
– Gymnasialteil	2 Klassen /	56 Schüler
KGS „Wilhelm von Humboldt“		
– Sekundarschulteil	4 Klassen /	112 Schüler
– Gymnasialteil	2 Klassen /	56 Schüler

\* Die Aufnahme am J.-G.-Herder-Gymnasium erfolgt alternierend. Im geraden Jahr, beginnend ab 2010/11 werden 3 Klassen und im ungeraden Jahr, beginnend ab 2011/12 werden 4 Klassen aufgenommen.

b) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt weiterhin, bei Überschreitung der Aufnahmekapazität durch die vorliegenden Anmeldungen an einem Gymnasium die Durchführung eines Auswahlverfahrens per Los.

c) Die Oberbürgermeisterin legt als Verwaltungsvorschrift die Durchführung des Auswahlverfahrens fest.

In der Verwaltungsvorschrift zu Regeln u.a.:

aa) Aufnahme von Geschwisterkindern

bb) Zusammensetzung und Leitung der Aufnahmekommission

cc) das Verfahren zur Benachrichtigung von Erziehungsberechtigten

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine überarbeitete Bedarfs- und Auslastungsanalyse für folgende Schulen zu erstellen

**und im 3. Quartal 2010 vorzulegen.**

- Grundschulen in Halle-Neustadt mit der Zielstellung der Schaffung eines bestandsfähigen Grundschulnetzes durch Optimierung der Gebäudeauslastung
- Grundschulen der Innenstadt mit der Zielstellung der Schaffung eines Grundschulnetzes mit max. vierzügigen Standorten
- Die Förderschulen aller Förderschwerpunkte unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung, **dem** prognostizierten Sanierungsbedarf ,neuer pädagogischer Konzepte des Landes, **zu prüfen**, mit der Zielstellung durch eine optimale Nutzung der vorhandenen Raumressourcen Standortentscheidungen zu treffen.

**Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei Standortentscheidungen im Rahmen der Erörterung der Schulentwicklungspläne gegenüber dem Landesverwaltungsamt schulfachliche Kriterien wie:**

- **das vorliegende pädagogische Konzept und die ggf. an den Standort gebundenen Besonderheiten**
- **das Klima an der Schule inklusive Berücksichtigung des sozialen Umfeldes der Schule am Standort und der sie besuchenden Schüler**
- **momentane personelle Voraussetzungen der Einrichtung und Folgen der angestrebten Veränderung des Standortes**

**neben den rechtlichen Belangen des Schulträgers mit zu erörtern.**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag von Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion)  
zum Beschlusspunkt 4 der Vorlage "Fortschreibung  
Schulentwicklungsplanung" (V/2009/08549)  
Vorlage: V/2010/08639**

---

Siehe TOP 5.2.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderung:

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine überarbeitete Bedarfs- und Auslastungsanalyse für folgende Schulen zu erstellen **und im 3. Quartal 2010 vorzulegen:**

- Grundschulen in Halle-Neustadt mit der Zielstellung der Schaffung eines bestandsfähigen Grundschulnetzes durch Optimierung der Gebäudeauslastung
- Grundschulen der Innenstadt mit der Zielstellung der Schaffung eines Grundschulnetzes mit max. vierzügigen Standorten
- die Förderschulen aller Förderschwerpunkte unter Berücksichtigung der Schülerzahlenentwicklung, **dem** prognostizierten Sanierungsbedarf, ~~und~~ neuer pädagogischer Konzepte des Landes, **und zu prüfen**, mit der Zielstellung durch Standortentscheidungen eine optimale Nutzung der vorhandenen Raumressourcen zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
zur Beschlussvorlage Fortschreibung zur  
Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr  
2010/11 (V/2009/08549 )  
Vorlage: V/2010/08635**

---

Siehe TOP 5.2

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusspunkt 4 wird mit folgendem Wortlaut ergänzt:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei Standortentscheidungen im Rahmen der Erörterung der Schulentwicklungspläne gegenüber dem Landesverwaltungsamt schulfachliche Kriterien wie:

- das vorliegende pädagogische Konzept und die ggf. an den Standort gebundenen Besonderheiten
- das Klima an der Schule inklusive Berücksichtigung des sozialen Umfeldes der Schule am Standort und der sie besuchenden Schüler
- momentane personelle Voraussetzungen der Einrichtung und Folgen der angestrebten Veränderung des Standortes

neben den rechtlichen Belangen des Schulträgers mit zu erörtern.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu** (1 Enthaltung)

### **zu 5.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008 Vorlage: V/2009/08484**

---

**Frau Hanna Haupt** rief den Haushalt (HH) auf. Sie wies darauf hin, dass es heute ein Austauschblatt S. 412 – UA 4370 Frauenschutzhaus – gegeben hat, welches gegen S. 412 (gehört nicht zum HH 51) ausgetauscht werden sollte.

**Frau Brederlow** zeigte per Präsentation eine Grafik zur Ausgabenverteilung.

Gesamtausgaben Amt 51: 101.224.400 €

Die Stadt hat Gesamtausgaben von 660 Mio €.

Sie erläuterte die einzelnen Ausgabenbereiche.

Zusammenfassend ist zu sehen, dass 57% der Gesamtausgaben in den Bereich Bildung fließen und ca 31% klassische Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe sind.

28 Mio € Landesmittel fließen mit ein.

Gesamtzuschüsse: 73.130.200 €. Sie erläuterte die einzelnen Anteile.

Zuschusserhöhung gegenüber 2009 ca. 6,4 Mio €.

**Frau Hanna Haupt fragte an, ob es allgemeine Fragen zum Haushalt gibt.**

**Anfrage Frau Wolff** zu den Personalkosten an.

1. sind die Tarifsteigerungen prozentual mit bedacht worden
2. Berücksichtigung Altersteilzeit; HH-konsolidierung beschlossen
3. wird HH in UA einzeln durchgegangen.

**Antwort der Verwaltung**

Zu 1.: Dies muss durch Amt 11 im Finanzausschuss beantwortet werden.

Zu 2.: Altersteilzeit wurde separat im Personalamt geführt, das müsste dort enthalten sein.

Zu 3. Ja

**Herr Kogge wies darauf** hin, dass alles, was Personalkosten betrifft, im Finanzausschuss als Anfrage zu stellen ist, da dort auch das Personalamt dabei sein wird.

**Anfrage Frau Gellert:**

Wurden Tarifsteigerungen bei freien Trägern auch berücksichtigt (KITA + Förderung).

**Antwort der Verwaltung**

KITA ist mit aufgenommen. Im Bereich der Förderung ist es nicht mit drin.

Es besteht kein Anspruch auf Förderung, das wird im Ausschuss entschieden.

Im HH wurde gleiche Summe wie letztes Jahr aufgenommen, Verteilung erfolgt im JHA.

**Anfrage Frau Brock:**

Interpretation zu den 6,3% Ermäßigung Kita

**Antwort der Verwaltung**

Ermäßigung nach § 90 SGB VIII verbirgt sich hier dahinter.

**Hinweis der Verwaltung** zum Haushalt, dass die HH-mittel zugewiesen werden. Der Stadtrat entscheidet über den Haushalt. Der JHA kann nur Mittel verteilen, die zur Verfügung gestellt werden.

**Frau Hanna Haupt rief** die einzelnen Unterabschnitte (UA) Verwaltungshaushalt zur Diskussion auf.

**UA 4070**

**Anfrage Herr Dölle**

Zu 658100 Umzugskosten, wer zieht wohin.

### **Antwort der Verwaltung**

Innerhalb des Amtes finden noch Umzüge statt, neue Mitarbeiterin aus LVA ins Amt gezogen.

### **Anfrage Herr Dölle**

Zu 652000 Porto, wieso ist das weniger geworden

### **Antwort der Verwaltung**

Post wird auch viel auf elektronischem Weg erledigt.

### **Anfrage Frau Wolff**

Zu 652500 Fernmeldeentgelt und 654000 Dienstreisen hat sich erhöht, wieso.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

### **Anfrage Frau Wolff**

Zu 655000 Sachverständigenkosten, diese sind sehr hoch. Was verbirgt sich dahinter.

### **Antwort der Verwaltung**

Hierzu wurde bereits im November informiert, dass es zu den Verwendungsnachweisen KITA ein externer Gutachter beauftragt wurde.

### **Anfrage Herr Trömel**

Ob diese Mittel ausreichen und was dies bewirken soll

### **Antwort der Verwaltung**

Ein Effekt wird erwartet. Mitarbeiter sollen auch Hinweise erhalten, worauf sie zukünftig besonders zu achten haben hierbei.

### **Anfrage Frau Ute Haupt**

Zu 661000 Mitgliedsbeiträge, was verbirgt sich dahinter

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

### **Anfrage Herr Schachtschneider** ebenfalls zu den Fernmeldeentgelten.

Höhe unklar, da Tarife sich zwischenzeitlich verändert haben und billiger sind.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

### **Anfrage Frau Raab**

Was verbirgt sich hinter der Erhöhung im Stellenplan.

**Die Verwaltung teilte** mit, dass diese Frage im Finanzausschuss durch das Personalamt beantwortet werden muss.

## **UA 4370**

### **Anfrage Frau Raab**

Zu 652500 Fernmeldeentgelt. Wieso ist die Summe von 2.400 € notwendig.

Auf Nachfrage dazu, wurde ihr mitgeteilt, dass auch Anrufe nach Kroatien erforderlich sind.

Tarife sind günstiger geworden. Möchte hierzu Auskunft.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

## **UA 4510**

### **Anfrage Frau Wolff**

Zu 588000 Öffentlichkeitsarbeit und Zuschüsse an übrige Bereiche

**Die Verwaltung antwortete** zu Ersterem, dass kaum noch große Stadtteilstellen stattfinden, dies beschränkt sich auf normale öffentliche Aktivitäten. Zu letzterem erfolgte der Hinweis auf das Kleingedruckte hierzu.

#### **Anfrage Frau Gellert**

Wie werden Projekte nach dem Familienförderungsgesetz behandelt

#### **Die Verwaltung antwortete**

Dass die Verwaltung im Interesse der Familien hier unkompliziert agieren kann.

#### **UA 4520**

#### **Anfrage Herr Schachtschneider**

Zu 620200 Sachausgaben Fanprojekt. Hier hat sich die Summe fast verdoppelt.

#### **Die Verwaltung antwortete**

Diese Personalstelle soll vom Land bezuschusst werden mit 20.000 €; Sachmittel für DFB sind hier mit drin.

#### **Anfrage Frau Raab**

Ob es eine inhaltliche Überprüfung zum Fanprojekt gab.

**Die Verwaltung antwortete**, dass hierzu im JHA wieder berichtet werden kann. Dies wird als Anregung aufgenommen.

#### **Anfrage Frau Ute Haupt**

Zu 531200 Nutzungserschädigungen – was verbirgt sich dahinter.

**Die Verwaltung antwortete**, dass für die Hallennutzungen gezahlt werden muss.

#### **Anfrage Frau Brock**

Zu 551000 Haltung von Fahrzeugen – was sind das für Fahrzeuge, die in der Jugendhilfe genutzt werden.

**Die Verwaltung antwortete**, dass es sich hierbei um das Sportmobil, Spielmobil und ein gesponsertes Fahrzeug für die Jugendhilfe handelt.

#### **UA 4530**

Keine Fragen

#### **UA 4550**

#### **Anfrage Frau Wolff**

Bezieht sich der Ansatz auf 12 oder 13 Monate; sind Entwicklungen aus 2009 hier mit dabei ; bezieht sich das auf alle 3 im Ausgabenbereich enthaltenen Abschnitte.

**Die Verwaltung antwortete**, dass hier die Bereiche innerhalb und außerhalb von Halle mit drin sind. Summe laut Prognose, die zum Zeitpunkt der HH-Planung vorlag. Mittel aus 2009 sind in 2010 nicht gesondert berechnet. Als Zeitraum wurde der laut Grundsatzvereinbarung gesetzte Termin 30.11. gesehen.

#### **Anfrage Herr Dölle**

Zu 771000 JHL für Ermäßigung der Elternbeiträge – was verbirgt sich dahinter.

**Die Verwaltung antwortete**, dass dies die Ermäßigungen gemäß § 90 SGB VIII sind.

#### **Anfrage Herr Dölle**

Wann das Rechnungsergebnis für 2009 vorliegt.

**Die Verwaltung antwortete**, dass dies bis zum 30.6. vorliegt.

### **Anfrage Frau Raab**

Zu Unterbringungen innerhalb und außerhalb von Halle, wie ist hier die Entwicklung.

**Die Verwaltung antwortete**, dass sich das Verhältnis hier geändert hat. Eine Darstellung kann zur nächsten Sitzung gebracht werden.

### **Anfrage Frau Gellert**

Dass in diesem Bereich mal von Einsparungen die Rede gewesen ist, erst 4 Mio € dann 2 Mio €. Davon ist keine Rede mehr.

**Die Verwaltung antwortete**, dass die 4 Mio € in Abwägung der Verwaltung gesehen wurden, dies weiterhin aufrecht zu erhalten, wäre nicht umsetzbar gewesen. Es gibt kein weiteres HH-Sicherungskonzept in dieser Form.

### **Anfrage Herr Dölle**

Zu den 21% Gesamtausgaben in diesem Bereich – ist dies inklusive aller Leistungen.

Die Verwaltung antwortete, dass es sich hier um den Bereich der Volljährigen und der Minderjährigen handelt.

### **Anfrage Herr Bognitz**

Wieso die Unterzeichnung der Grundsatzvereinbarung seit 2 Monaten nicht möglich ist. Die freien Träger sind verärgert, dass diese Unterzeichnung so lange stockt.

**Die Verwaltung antwortete**, dass die Verhandlungen erfolgreich gelaufen sind und hierzu muss die Beigeordnetenkonzferenz und der Finanzausschuss in Kenntnis gesetzt werden.

**Frau Hanna Haupt** merkte an, dass diese Frage jetzt nicht zum TOP gehört.

## **UA 4551**

### **Anfrage Frau Wolff**

**Zu 531040 Nachzahlung Bewirtschaftung a.VJ – wieso werden 7.900 € nach gezahlt, das ist nicht mehr nachvollziehbar.**

**Die Verwaltung antwortete**, dass dies ZGM im Finanzausschuss beantworten müsste.

### **Anfrage Herr Schachtschneider**

Wie die übrigen Mitglieder im JHA von den im Finanzausschuss durch ZGM und Personalamt zu beantwortenden Fragen/Antworten Kenntnis erhalten sollen.

**Die Verwaltung wird sich** bemühen, eine schriftliche Beantwortung erhalten zu können, damit diese den Mitgliedern dann zugehen kann.

### **Anfrage Frau Ute Haupt**

Zu 531010 Serviceentgelt, das ist um die Hälfte weniger als im Vorjahr veranschlagt worden, was verbirgt sich dahinter.

**Die Verwaltung antwortete**, dass es hier um Grundmiete, Reinigungskosten etc. geht.

Die Anfrage kann nur durch ZGM beantwortet werden.

## **UA 4552**

### **Anfrage Herr Bognitz**

Was verbirgt sich hinter der Bezeichnung „Besonderer Sozialer Dienst“

**Die Verwaltung antwortete**, dass es sich hierbei um das Pflegekinderwesen und die Jugendgerichtshilfe, also Spezielle Dienste des Amtes, handelt.

## **UA 4560**

### **Anfrage Herr Dölle**

1. Inobhutnahme : Erklärung hierzu , ob junge Volljährige drin sind
2. Was ist mit Einrichtungen innerhalb von Halle

### **Die Verwaltung antwortete**

Zu 1.: es handelt sich um Inobhutnahmen insgesamt, diese sind in diesem UA geplant.

Zu 2.: der Anteil hierzu ist mit enthalten

### **UA 4570**

#### **Anfrage Frau Wolff**

Zur Begrifflichkeit Amtsvormundschaft

**Die Verwaltung antwortete**, dass es bei den Amtsvormündern um die Mitarbeiter handelt, welche von Amts wegen für die Kinder bestimmt worden sind.

#### **Anfrage Herr Schachtschneider**

**Zu 661000 Mitgliedsbeiträge sind auf Null gestellt, wieso.**

**Die Verwaltung antwortete**, dass diese unter dem UA 4070 enthalten sind.

### **UA 4600**

#### **Anfrage Frau Wolff**

Zu 531020 Bewirtschaftungskosten und 531040 Nachzahlung Bewirtschaftung a.VJ

**Die Verwaltung antwortete**, dass hierzu ZGM angefragt werden muss.

### **UA 4609**

Keine Fragen

### **UA 4613**

#### **Frau Wolff Anfragen**

zu den Bewirtschaftungskosten und Nachzahlung Bewirtschaftung aus Vorjahren

**Die Verwaltung antwortete**, dass hierzu ZGM angefragt werden muss.

### **UA 4640**

#### **Frau Wolff Anfrage**

Zu 171000 Zuweisungen vom Land

**Die Verwaltung antwortete**, der Zuschuss errechnet sich aus den Zahlen vom Vorjahr. Es wird von einem höheren Zuschuss vom Land ausgegangen, Sprachstandsfeststellung ist dann auch mit dabei.

#### **Frau Wolff Anfrage**

Zu 672000 Erstattungen an Gemeinden und –verbände, um was handelt es sich hierbei

**Die Verwaltung antwortete**, dass dies eine Erstattung an Gemeinden ist, wo Kinder untergebracht sind.

#### **Anfrage Frau Gellert**

Zu 175000 und 178000 was sind das für Zuschüsse.

**Die Verwaltung antwortete**, dass es sich zum Einen um Zuschüsse im EB Kita handelt, Zuschüsse zum § 11, Sprachstandsfeststellung, Freie Träger.

#### **Anfrage Frau Raab**

Zu 111100 Ermäßigte Elternbeiträge, hier wurde eine Erhöhung eingeplant, also ist man von der neuen Gebührensatzung bereits ausgegangen.

**Die Verwaltung** verneinte dies. Es wurde noch von der alten Gebührensatzung ausgegangen und berechnet.

#### **Anfrage Frau Raab**

Zu 67200 Erstattungen an Gemeinden und –verbände, hier ist mehr als das Doppelte vom Vorjahr drin. Heißt das, dass mehr Eltern ihre Kinder außerhalb von Halle in Einrichtungen unterbringen.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**Anfrage Herr Trömel**

Wieso bei den Zuschüssen die Planzahlen nicht klar sind.

**Die Verwaltung antwortete**, dass die Zuwendungsbescheide vom Land kommen und die Zuschüsse an den Zahlen von 2008 berechnet werden. Dieser Posten kommt vom Land und deshalb ist hier noch keine genaue Summe drin.

**Anfrage Frau Brock** ebenfalls hierzu, wieso keine Hochrechnung möglich ist. Hier muss doch eine einer prognostizierte Zahl zur Angabe möglich sein.

**Die Verwaltung antwortete**, dass vom Land die Gesamtanzahl der Kinder im Land gesehen wird und danach die Bezuschussung an die Kommunen anteilig erfolgt.

**Die Verwaltung** nimmt dies als Anregung mit auf.

**UA 4750**

**Anfrage Herr Dölle**

Was verbirgt sich hinter dem Zuschussbedarf 47.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**UA 4811**

**Anfrage Frau Wolff**

Zu 243000 Übergeleitete Unterhaltsansprüche in Einrichtungen – wieso verdreifacht sich dieses hier Die Verwaltung antwortete, dass die Verwaltung davon ausgeht, sich diese Summe von den Vätern zurück holen zu wollen.

**Anfrage Frau Brock**

Was heißt „übergeleitete Unterhaltsansprüche in Einrichtungen“

**Die Verwaltung sagte eine Beantwortung zu.**

**Es gab keine weiteren Fragen.**

**Frau Hanna Haupt** schloss die Diskussion zum Verwaltungshaushalt und eröffnete die Diskussion zum Vermögenshaushalt.

Frau Hanna Haupt rief die Unterabschnitte einzeln auf.

<b><u>UA 4070</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4370</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4520</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4551</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4570</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4600</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4609</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4613</u></b>	keine Fragen
<b><u>UA 4640</u></b>	keine Fragen

**Frau Hanna Haupt** beendete die 1. Lesung zum Haushalt. Dieser wird im JHA 04.03.2010 erneut auf der TO stehen.

Frau Hanna Haupt rief eine **Pause von 15 min auf.**  
(18.00 – 18.15 Uhr)

**zu 5.4      Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass die vorliegende Beschlussvorlage in der Fassung vom 15.01.2010 die im JHA am 14.01.2010 vorgelegten Änderungen der Verwaltung beinhaltet. Diese Änderungen wurden mit Fettdruck dargestellt. Vom Stadelternbeirat wurde heute zu den am 14.01.2010 verteilten Änderungen eine Stellungnahme verteilt, die allen Mitgliedern vorliegt.

**Frau Brock sprach an,**

dass der heute im JHA vorgelegte modifizierte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN redaktionell der neuen Beschlussvorlage angepasst wurde. Sie bat darum, dass über diesen heute abgestimmt wird.

**Anfrage Frau Klotsch**

Warum heute über diesen Änderungsantrag nicht abgestimmt werden soll.

**Frau Hanna Haupt antwortete**, dass hierzu im TOP Tagesordnung der Antrag von Herrn Schachtschneider gestellt wurde, dies nicht zum Beschluss heute zu führen, da in dessen Fraktion zum heute vorgelegtem modifiziertem Änderungsantrag erst gesprochen werden muss. Sie sieht das ebenso für ihre Fraktion. Dem Antrag wurde nicht widersprochen, so dass heute hierzu kein Beschluss herbei geführt wird.

**Die Verwaltung dankte** dem Stadelternbeirat für dessen kurzfristig modifizierte Stellungnahme. Diese Woche gab es Anfragen aus einzelnen Fraktionen an die Verwaltung und eine Anregung aus dem Finanzausschuss, dass der prozentuale Deckungsgrad vom Land geprüft werden soll. Diese Anregung hat die Verwaltung aufgenommen und die Beantwortung hierzu steht noch aus. Deshalb sollte heute hierzu noch nicht beschlossen werden sondern nochmals die Diskussion laufen.

**Anfrage Herr Dölle**

Wann mit einer Antwort des Landes zu rechnen ist. Solange diese nicht vorliegt sollte man hierzu nicht ins Detail gehen und hierzu diskutieren.

**Die Verwaltung antwortete**

Eine Antwort wird bis zum nächsten Finanzausschuss, welcher am 16.02.2010 tagt, erhofft.

**Anfrage Frau Pohl (Beratendes Mitglied)**

Zum § 6, dieser erschließt sich nicht für den Stadelternbeirat.

Die Verwaltung antwortete

Hiermit soll eine Kontinuität und Preisstabilität erreicht werden.

**Anfrage Frau Brock**

Zu der von der CDU gekommenen einheitlichen Prozentzahl, ist dies bereits geprüft und beantwortet worden.

**Die Verwaltung** verneinte dies.

**Hinweis Herr Schachtschneider**

zum vorliegenden Änderungsantrag. Hier wurde die Kappungsgrenze raus genommen. Dann wäre eine Dynamisierung von 5 € realistischer, diese geht nach oben und unten.

**Anfrage Herr Schachtschneider**

Die Betreuung orientiert sich an 25 und 40h. Wollen die freien Träger von KITA's auch 40 h? Pauschalen einführen.

**Antwort Frau Gellert**

Es gibt viele Staffellungen bei den Trägern. Sie kennt keine Kollegen, die das möchten. Es gibt 25, 40 und 50 h Betreuungsangebote und auch für 60 h gibt es Lösungen.

**Frau Hanna Haupt** bat darum, diese Anfrage an die freien Träger zu stellen und beantworten zu lassen. Frau Gellert wird dies ansprechen.

**Frau Pohl** sprach an, dass die Kappungsgrenzen von 260 € begrüßt werden. Dies mindert dennoch nicht die Mehrbelastung für die Familien, auch bei 1 und 2 Kind-Familien. Eine

Geschwisterermäßigung wird hier nicht gesehen. Es gab eine Nachfrage zu den 1,8 Mio € Ausgaben, welche für das gesamte Produkt Kita anzusehen sind. Hierzu erfolgte Rücksprache mit der Verwaltung. Die im EB Kita zu erwartenden Einnahmen sind 2,8 Mio €. Die zu erwartende Gebührenstaffelung war also von vornherein eingeplant gewesen.

### **Die Verwaltung antwortete**

Dass zwei Sachen verglichen wurden. Kappungsgrenze war ab der 1. Vorlage eingeführt worden, weil die Geschwisterermäßigung nicht ging. Der Stadtrat hat die Verwaltung beauftragt, nach dem Gesetzeserlass eine neue Vorlage einzubringen. Die Fraktionen wollen die 260 € Kappungsgrenze noch mal ansehen. Im Wirtschaftsplan des EB Kita waren 2009 1,7 Mio €, diese mussten aufgenommen werden, da eine Erhöhung in Aussicht gestellt worden ist. Sollten Rückfragen sein, hat Herr Kogge Gesprächsbereitschaft hierzu signalisiert.

### **Anfrage Frau Wießner**

Zu § 5 (3) letzter Satz – muss bei Hort nicht bis vollendetem 14. Lebensjahr rein, hier steht Bis 7. Klasse

**Die Verwaltung** antwortete, dass dies dem KiföG entsprechend geändert wird.

**Frau Brock fasste** die im modifiziertem Änderungsantrag vorgebrachten Punkte zusammen und erläuterte, um was es der Fraktion geht.

**Anfrage Frau Pohl**, ob die im Änderungsantrag beiliegende Tabelle Teil des Antrages mit diesen Zahlen ist.

**Frau Brock antwortete**, dass diese Tabelle als Beispiel gedacht ist.

**Frau Hanna Haupt** brachte ein Beispiel zum mühsamen Zusammenbringen von kindergeldberechtigten Bescheinigungen, welche sehr aufwendig sind. Wenn man es bei Kindern bis 14 Jahre belässt wäre dies mit weniger Verwaltungsaufwand verbunden.

Da keine weiteren Anfragen waren wurde die Diskussion beendet und dieser TOP einschließlich des Änderungsantrages **vertagt** auf den JHA 04.03.2010.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss hat dies auf die Sitzung am 04. März 2010 **vertagt**.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage „Gebührensatzung für die Benutzung der  
Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt  
Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)  
Vorlage: V/2009/08518**

---

**Beschlussvorschlag:**

1. § 5 wird geändert und erhält folgende Fassung:

- (1) Die Höhe der Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege bemisst sich nach der Betreuungsart, dem zeitlichen Betreuungsumfang und der Anzahl der **kindergeldberechtigten** Kinder ~~mit einem~~ ~~Betreuungsanspruch nach § 3 Abs. 1 und 2 KiFöG~~ in der Familie.
- (2) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) setzt die Höhe der monatlichen Benutzungsgebühr für die Nutzung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege ~~auf einen prozentualen Anteil der durchschnittlichen Kosten eines Platzes fest. Die jeweilige Höhe der Benutzungsgebühr ergibt sich aus der~~ **gemäß Anlage 1 fest.**

~~(3) Für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres bemisst sich dieser Anteil auf 21 v. H. der durchschnittlichen Kosten eines Krippenplatzes.~~

~~Für Kinder vom 4. Lebensjahr bis zum Schuleintritt bemisst sich dieser Anteil auf 27 v.H. der durchschnittlichen Kosten eines Kindergartenplatzes.~~

~~Für Kinder vom Schuleintritt bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang bemisst sich dieser Anteil auf 20 v. H. der durchschnittlichen Kosten eines Hortplatzes.~~

- (4) Für das zweite Kind in der Familie ermäßigt sich die Benutzungsgebühr um ~~20~~ **33** v.H., für das dritte Kind in der Familie um ~~50~~ **66** v.H. Die Betreuung für das vierte und jedes weitere Kind in der Familie ist gebührenfrei.

Die Berücksichtigung der Kinder für die Ermäßigung erfolgt nach dem Alter in absteigender Reihenfolge. ~~Als erstes Kind zählt jeweils das älteste Kind mit Anspruch auf Tagesbetreuung gemäß § 3 Abs. 1 und 2 KiFöG.~~

- (5) Als ~~Gebührenobergrenze~~ für die Betreuung von mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) werden 260 € pro Monat festgesetzt. ~~Steigt bei einer Neufestlegung der Gebühren eine Gebührenart um eine Summe von mehr als 5 €, so wird auch die Kappungsgrenze um 5 € angehoben.~~

- (6) Für Kinder, deren Eltern ihren festen Wohnsitz außerhalb der Stadt Halle (Saale) haben, gelten die Gebührenhöhen ohne Ermäßigung und Kappungsgrenze.

- (7) Für die Betreuung von Kindern, die im Rahmen von Maßnahmen nach § 33 SGB VIII in Pflegefamilien untergebracht sind, sowie für Kinder, die Hilfe nach §§ 19, 34 SGB VIII erhalten, wird als Benutzungsgebühr der entsprechende Tabellensatz zu Grunde gelegt.

- (8) Die Gebühren für eine befristete Betreuung von Gastkindern betragen:
  - für die befristeten Betreuung von Gastkinder bis zu 5 Stunden täglich: 6 €/Tag
  - für die befristeten Betreuung von Gastkinder über 5 Stunden täglich: 8 €/Tag
  - für die Teilnahme an Ferienspielen (für Kinder ohne monatlichen Hortplatz): 20 €/Woche

Bei Überschreitung der Betreuungszeitstufe und für den Zukauf sind je angefangene Stunde 4 € zu entrichten.

2. § 6 der Satzung wird gestrichen, alle nachfolgenden Paragraphen werden dementsprechend neu nummeriert.

**3. Die Anlage der Satzung „Anlage zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ wird geändert und erhält die beigefügte Fassung (Anlage 1).**

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss hat dies auf die Sitzung am 04. März 2010 **vertagt**.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) sowie der SPD-Fraktion zur Strategie gegen Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/08014**

---

**modifizierter Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im dreijährigen Rhythmus einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen, um Konzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung vorzustellen und deren Umsetzung zu evaluieren. Die Indikatorenwahl soll sich hierbei an den Vorgaben des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung orientieren mit dem Ziel, ggf. eigene Kriterien für die Stadt Halle (Saale) zu entwickeln.
2. Die Vertreter der Stadtverwaltung im Arbeitskreis Armut (Sozialplanung, Sozialamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie) werden beauftragt, gemeinsam mit den Freien Trägern ein sozialpolitisches Forum aus Anlass des Tages der Armut 2010 vorzubereiten und durchzuführen mit dem Ziel, die kommunalpolitisch steuerbaren Handlungsschwerpunkte und ggf. bisherige Arbeitsstrukturen zu überprüfen und neu zu ordnen.
3. Im Ergebnis des sozialpolitischen Forums sollen derzeitige kommunale Leistungen, Maßnahmen und Angebote überprüft und der tatsächlichen Bedarfssituation angepasst werden. Im Ergebnis der Evaluation werden in einer Informationsvorlage die Ergebnisse zusammengefasst und dienen als Planungsgrundlage zukünftiger Haushaltsberatungen.
4. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit für die Inanspruchnahme des „Halle-Passes“ zu intensivieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**. (1 Enthaltung)

## zu 8      **Mitteilungen**

---

**Frau Klotsch teilte** mit, dass sich die EU europaweit mit den Zahlungsmodalitäten öffentlicher Träger beschäftigen will, dies sollte verfolgt werden.

**Frau Klotsch** teilte mit, dass auch in anderen Bereichen Zahlungsverzögerungen bekannt sind; Träger beklagen, dass Rechnungsrückstände bestehen.

**Durch die Verwaltung** wurde geantwortet, dass bereits informiert worden war, dass die Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen überarbeitet werden soll. Man wird sich auch mit der Abschreibungsmodalität beschäftigen. Die HH-Ansätze sind klar, Liquiditätsproblematik soll angesehen werden.

**Frau Brederlow teilte mit**, dass es hierzu eine Anfrage von Frau Wolff im UA Jugendhilfeplanung gab. In 2010 wurden Rechnungen aus dem Herbst in Höhe von 2,3 Mio € bezahlt. Zinsforderung 2009 belief sich auf 4.700 €. An diesem Thema ist die Verwaltung auch dran dies abzuklären.

**Frau Gellert teilte mit**, dass sich nur bei einem Träger für den Zahlungsverzug entschuldigt wurde, bei den anderen Trägern nicht. Wann erfolgt hier die Entschuldigung.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass sie zu Leistungen Fördermittel angefragt worden ist. Ein Antrag auf Freigabe wurde gestellt, Freigabe ist noch nicht da. Der Zahlungsrythmus hierzu ist noch nicht klar.

**Anfrage durch Herrn Bognitz**, ob es hierzu schriftlich eine Information gibt.

**Die Verwaltung** verwies auf die vorläufige Haushaltsführung.

**Frau Brederlow teilte mit**, dass den Vorsitz im UA Jugendhilfeplanung Herr Uwe Kramer und die Stellvertretung Frau Heike Wießner haben.

**Frau Hanna Haupt teilte mit**, dass es zum Abstimmungsverfahren zur „Gemeinsamen Förderrichtlinie“ im JHA 14.01.2010 einen Widerspruch der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM gegeben hat, welchem statt gegeben wurde. Somit wird im JHA am 04. März dies erneut auf der TO stehen und die Abstimmung neu aufgerufen.

### zu 8.1      **Stand der Sozialraumplanungsgruppen und Quartiersrunden**

---

**Die Verwaltung** wollte eine Präsentation hierzu bringen. Da in dem Moment die Technik versagte, war dies nicht möglich. Es erfolgte die Zusage, dies der Niederschrift anzuhängen.

**Herr Dölle bat darum**, dies in der nächsten Sitzung nochmals aufzurufen, da er hierzu die Erläuterungen hören möchte. Ein Anhang zur Niederschrift bringt da nicht viel.

**Die Verwaltung sagte zu, dies** auf die TO im JHA am 04. März unter Mitteilungen zu bringen, so dass ein Anhang zur Niederschrift nicht erfolgt.

## zu 8.2 Informationen der Verwaltung zum Verfahren der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen

---

**Frau Brederlow informierte darüber**, dass aus der Presse etc zu entnehmen war, dass Zahlungen im Kita-Bereich nicht gewährleistet werden konnten. Insgesamt handelte es sich um eine Liquiditätslücke von ca 2 Mio €. Im Januar 2010 wurden Leistungen gezahlt, welche im Dezember 2009 fällig waren. Die gleiche Situation gab es auch 2008/09, was den Haushalt 2009 belastet hat. Eine zusätzliche Belastung des Haushaltes war durch die Altersteilzeit im EB KITA gegeben. 1,1 Mio € waren 2009 aus 2008 hier zu begleichen. Es gab die Zusage, dass am 04.01.2010 die Zahlung erfolgt, was nicht erfolgte. Herr Kogge hat sich bei einem Träger persönlich entschuldigt, da er diesem Träger das zugesagt hat.

Zu diesem Thema soll es zukünftig regelmäßig Gespräche mit den Trägern von KITA's geben. Es gab einen ersten Termin und es wurde nach Lösungen gesehen. Klar ist, dass die Richtlinie zur Finanzierung von KITA neu angesehen und überarbeitet werden muss. Mit den Trägern besteht Einvernehmen, sich zu Beginn dieser Überarbeitung in kürzeren Abständen zu treffen. Anfang März soll die Vorlage durch die Verwaltung vorgelegt und mit den freien Trägern beraten werden. Die Prüfung zu einzelnen Rahmenbedingungen ist eine Idee. Zukünftig soll es während der Betriebsferien der Stadtverwaltung einen Ansprechpartner für die freien Träger für diese Rechnungen geben.

## zu 9 Arbeitsplanung

---

Frau Brederlow teilte mit, dass alle heute im JHA vertagten Punkte wie TOP Haushalt, TOP Gebührensatzung und der dazu gehörende Änderungsantrag auf der TO im März wieder stehen werden. Dann noch die Gemeinsame Förderrichtlinie, Hilfen zur Erziehung im Rahmen des Haushaltes und der heute eingereichte Antrag von Frau Klotsch bzgl. Zahlungsfähigkeit Die KITA-Finanzierungsrichtlinie kommt evtl. im April auf die TO JHA.

**Themenspeicher als Anlage beigefügt!**

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Hanna Haupt teilte mit**, dass zukünftig die mündlichen Anfragen im JHA durch die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet werden.

Hierzu gab es **Nachfragen von Mitgliedern** nach dem Warum.

**Frau Hanna Haupt teilte mit**, dass dies für die Mitglieder als hilfreich angesehen wird, da dann die Verwaltung Antworten schriftlich vorgelegt hat .

### **Anfrage Frau Klotsch**

warum die Arbeitsplanung nicht mehr als Themenspeicher der Niederschrift angehängt wird. Dies sollte schriftlich erfolgen und ist als Controlling gedacht.

**Die Verwaltung** sagte zu, dies aufzunehmen  
(siehe Anlage Niederschrift = erledigt/WVL fortld.)

### **Anfrage Frau Wießner**

Elternvertreter Latina haben Aussage erhalten, dass für Sanierung Turnhalle keine Mittel aus KII und EFRE-Mitteln möglich sind, nur für Schule. Hat erfahren, dass vor Jahren geplant war, dass in den Franckeschen Stiftungen Sportkomplex kommt. Das war mal festgelegt worden.

Möchte hierzu Aussage haben. Hat Verständnis für umfangreiche Recherchen und erwartet nicht sofort die Antwort.

**Die Verwaltung** sagte eine Recherche und Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Brock**

Die Vergabe Fördermittel in der Jugendhilfe kommt im JHA zur Behandlung

**Die Verwaltung** bejahte dies.

**Anfrage Frau Wolff**

Zu Außenständen von Zahlungen im Jugendhilfebereich; hier auch Verzugszinsenzahlungen  
Woher werden die Mittel zur Begleichung der Außenstände November/Dezember im HzE-Bereich  
genommen.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Wolff**

Zum erfolgten Ablaufplan der Grundsatzvereinbarung; bittet um Darstellung des Gremienverlaufs  
hierzu.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Wolff**

Ob der Gehörlosenverband finanzielle Mittel erhält.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Gellert**

Wann die Entschuldigung der Verwaltung an die übrigen Träger Kita zu der nicht fristgerechten  
Zahlung der Mittel erfolgt. Dies ist nur bei einem Träger bisher erfolgt.

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

**Anfrage Frau Gellert**

Zum Stand Indoorspielplatz inklusive Skaterbahn im Süden der Stadt Halle

**Die Verwaltung** sagte eine Beantwortung zu.

## zu 11 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.